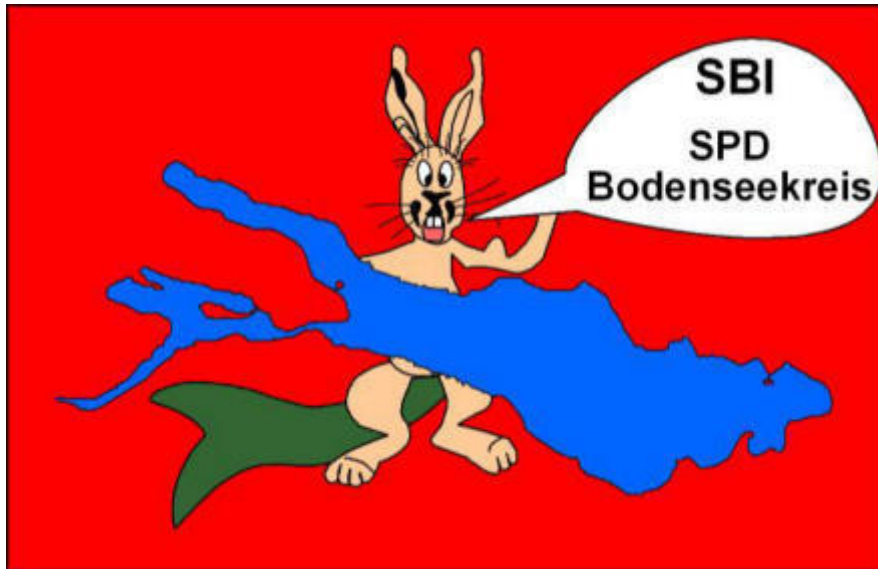


# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Frank-Walter Steinmeiers "Deutschland-Plan" sieht eine grundlegende Erneuerung der deutschen Wirtschaft mit Vollbeschäftigung vor. Deutschland müsse aus dem "Krisengerede" herauskommen, sagte Steinmeier am Montag in Berlin bei der Vorstellung des Papiers.

Innerhalb des nächsten Jahrzehnts sollen vier Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Schaffung von vier Millionen neuen Jobs bis 2020 sei realistisch und werde von vielen Wirtschaftswissenschaftlern für möglich gehalten.

Der Satz: „Sagen, was man denkt und tun, was man sagt“, ist das Vermächtnis von Johannes Rau. Er spricht genau die Schwierigkeit an, mit der Politik heute zu kämpfen hat: **Glaubwürdigkeit**. An ihr hängt alles.

In unserem Regierungsprogramm steht alles zu lesen, was die SPD den WählerInnen verspricht. Glauben die Wähler diesen Versprechungen?

Angela Merkel verspricht außer „keine Steuererhöhungen“ so gut wie nichts. Dass die gesamte Opposition für den Plan unseres Kandidaten nur Häme übrig hat, ist normal.

Weniger normal ist, dass nur eine Partei, die SPD, eine Idee hat, wie die Politik mit der größten Krise seit 1929 fertig werden soll.

Frank Walter Steinmeier, gründlicher Arbeiter, der er ist, hat einen Plan ausgearbeitet, der uns allen helfen soll, die Schwierigkeiten der kommenden Jahre auf gerechte Weise zu lösen.

Ein solcher Plan ist kein Versprechen, er ist das Angebot der SPD, gemeinsam den Weg einer Politik der Vernunft, einer Politik für alle, zu gehen.

Das denken wir, ist glaubwürdig.

**es grüßt Sie  
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

- Das Schlüsselwort heißt Arbeit – Frauen wählen SPD – Einsatz für Arbeit und Ausbildung	S. 2-4
- Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften – Vier wichtige Baustellen in der frühkindlichen Bildung - Mehr Flexibilität beim Übergang in die Rente -	S. 4-7
- Kreisverband Bodensee – MdL Norbert Zeller: Milchbauern nicht aussterben lassen	S. 7-8
- Was sind 30 Jahre? Endlich ein Frauenhaus – Verteilungsgerechtigkeit ist wahlentscheidend – Report zur Situation der Familien - IHK mahnt Ausbau B 30 und B 31 an	S. 8-9
- SBI: SPÖ Vorarlberg: Arbeiten in Schwaben? - Vorarlberg hinkt bei Ferienbetreuung noch immer hinterher – Mit innovativen Unterricht erübrigt sich teure Nachhilfe -	S. 10-12
- Kreis BC- Martin Gerster: Hochzeit des MdB Martin Gerster – 50 Bürger aus Oberschwaben in Berlin – Geplante Schulmeile sorgt für Diskussionsstoff – Elke Märkle bleibt Vorsitzende -	S. 12-14
- Kreisverband Ravensburg: Eine Erwerbstätigenversicherung für alle – SPD Bundestagskandidatin Anne Jenter sprach auf Kreisparteitag	S. 14
- Expertengespräch zur Situation der Milcherzeuger - Offener Brief an die Kreisärzteschaft Ulm -	S. 14-16
- BayernSPD: Parteitag - Sozialistenhut 2009 – Linkspartei: Sektierer übernehmen Kontrolle	S. 16-17
- Jahrestag – Termine – Land muss Kommunen stärker unterstützen	S. 17
- Einladung: Herbsttagung der SBI in Romanshorn	S. 18
	S. 19

### "Das Schlüsselwort heißt Arbeit"

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist nach den Worten Franz Münteferings das zentrale Thema des Bundestagswahlkampfes. Frank-Walter Steinmeier hat dafür mit seinem Deutschland-Plan, den er heute Nachmittag öffentlich vorstellt, das umfassende Gesamtkonzept erarbeitet.

"Sozialdemokraten finden sich nicht ab mit hoher Arbeitslosigkeit", erklärte der SPD-Parteivorsitzende im Anschluss an die Sitzung des SPD-Präsidiums am Montag in Berlin. Daher hat SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier mit dem Deutschland-Plan ein Konzept vorgelegt, das Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit eng miteinander verzahnt - das erreichbare Ziel ist Vollbeschäftigung zu erreichen bis 2020.

#### Großes Potenzial für mehr Arbeit

Potenzial für neue Jobs gebe es in vielen Bereichen, so Müntefering. Im Kern geht es um quantitatives, qualitatives und ökologisches Wachstum, das die deutsche Position auf den Weltmärkten für Umwelttechnologien weiter ausbauen soll. Aber auch im Gesundheitswesen, im Erziehungs- und Bildungswesen und im Pflegebereich gebe es "ein großes Potenzial, das weiterentwickelt und ausgebaut werden soll und muss", weiß der Parteivorsitzende.

Dabei gehe es um anspruchsvolle Arbeitsplätze, die ein hohes Ausbildungsniveau erfordern. Dieses Niveau vorzuhalten sei Voraussetzung. Es wird in Zukunft umso mehr darum gehen, dass "alle Kinder, alle

Jugendlichen mitgenommen werden" und jegliches Potenzial die Möglichkeit hat, sich zu entfalten. Bildung als Menschenrecht und Bildung als Voraussetzung für Gute Arbeit verbinden sich somit "in besonderer Weise".

#### Schwarz-Gelb nimmt Arbeitslosigkeit hin

Während die SPD "mit allem Nachdruck um jeden Meter, um jeden Arbeitsplatz für jeden Einzelnen" kämpfen wird, gebe es "auch Parteien und Teile von Parteien, denen ist die Zahl der Arbeitslosen ziemlich egal", kritisierte der Parteivorsitzende. Wer zum Beispiel Steuern senken wolle in einem Umfang, wie ihn besonders die CSU und die FDP vorschlagen, der könne nicht mehr investieren in Ausbildungsplätze, "oder in Plätze für Erzieherinnen und Erzieher oder Lehrer", erklärte Müntefering. Dabei sind das gerade die Jobs, die Deutschland jetzt am dringendsten braucht.

"Die Politik, die derzeit im konservativen Lager beschrieben wird, ist eine Politik, die nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen gerichtet ist", kritisierte Müntefering. Vielmehr würde Schwarz-Gelb eine relativ hohe Arbeitslosigkeit hinnehmen, weil diese ja auch die Arbeitnehmer und Jobsuchenden hin zu mehr Lohnzurückhaltung "diszipliniert".

#### In den kommenden Wochen "intensive Auseinandersetzung"

Das ist nicht die Politik der SPD. "Für Sozialdemokraten ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung von Arbeit, von neuer Arbeit und von mehr Arbeit der entscheidende Punkt, um in diesem Land Politik voranzubringen", stellte Müntefering klar. Er versprach in den kommenden Wochen eine

"intensive Auseinandersetzung" über die Frage, wer etwas gegen Arbeitslosigkeit tun will und mit welchen Rezepten.

03.08.2009

spd-aktuell - nachrichten

## FRAUEN WÄHLEN SPD! Veranstaltungsangebot von ASF und Landesgruppe

Die Kommunal- und Europawahl ist geschafft, die Bundestagswahl steht bereits vor der Tür. Auch bei der letzten Wahl haben wieder besonders viele Frauen SPD gewählt. Das ist nicht erstaunlich, denn Kernpunkte sozialdemokratischer Politik sind Gleichheit und Gerechtigkeit und deshalb hat sich die SPD schon immer für Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen eingesetzt. Das gilt auch in der Zukunft.

Kürzlich hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier beschlossen, in dem unter dem Titel „Jetzt sind Frauen dran“ gefordert wird, dass Chancengleichheit auch im Beruf verwirklicht werden muss. Diese Forderung genießt uneingeschränkte Aktualität und bildet weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit der ASF. Deshalb haben die baden-württembergische Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und der Landesvorstand der ASF Baden-Württemberg vereinbart, mit diesem Thema im Bundestagswahlkampf einen gemeinsamen Schwerpunkt zu setzen.

Alle Mitglieder der Landesgruppe der SPD-Fraktion haben ihre Bereitschaft erklärt, gemeinsam mit der ASF in allen Wahlkreisen Veranstaltungen durchzuführen, die sich vor allem an Wählerinnen richten sollen. Wie diese Veranstaltungen konkret aussehen können, richtet sich nach den Interessen und Möglichkeiten vor Ort. Denkbar sind zum Beispiel Diskussionsrunden mit Vertretern der Wirtschaft, z.B. der IHK und/oder der Gewerkschaften oder Besuche bei Firmen, die schon jetzt Frauen beispielhaft gleiche Chancen bieten. Möglich ist auch ein themenspezifischer, vor allem Frauen ansprechender Stand im Straßenwahlkampf, wo der Abgeordnete Rede und Antwort steht.

Die Veranstaltungen sollen federführend von der ASF in den Ortsvereinen oder Kreisverbänden organisiert und durchgeführt werden, selbstverständlich sind aber auch die Ortsvereine und Kreisverbände selbst als Kooperationspartner willkommen.

Wenn Ihr im Rahmen des Bundestagswahlkampfes eine solche Veranstaltung durchführen wollt, wendet Euch unter Bezugnahme auf dieses ASF aktuell - EXTRA an Eure Abgeordnete oder Euren Abgeordneten und lasst auch uns wissen, welche Ideen Ihr vor Ort habt. Andere können dann davon profitieren.

AsF – Aktuell – extra 2009

Ursula Hammer

ASF-Landesvorsitzende Baden-Württemberg



### Kurzinfo

## Einsatz für Arbeit und Ausbildung

### Unsere Position

Wir Sozialdemokraten wollen, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Krise erhalten bleiben. Unser Arbeitsminister Olaf Scholz nennt das „Einsatz für Arbeit“. Beschäftigen und Qualifizieren statt Entlassen ist unsere sozialdemokratische Handschrift in beiden Konjunkturprogrammen, egal ob beim kommunalen Investitionsprogramm, das Arbeitsplätze im regionalen Handwerk schützt, beim Verlängern des Kurzarbeitergeldes oder bei den Kreditprogrammen für die mittelständige Wirtschaft, um wieder zu investieren. Doch sozialdemokratische Politik will weiter gehen und Deutschland besser für die Zeit nach der Krise aufstellen. Gerade im Automobilland Baden-Württemberg haben wir dabei besondere Herausforderungen. Wir brauchen noch besser ausgebildete Fachkräfte, um unseren Wohlstand zu halten.

### die Lage

Unser Arbeitsmarkt steht besser da, als in vielen anderen Nachbarländern – das ist auch Erfolg unserer 10-jährigen Regierungsverantwortung. Gerade in den letzten Sitzungswochen des Deutschen Bundestages sind noch einmal wichtige Punkte für den Schutz von Arbeits- und Ausbildungsplätzen beschlossen worden:

Die **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes** von 18 auf 24 Monate und der damit verbundene Wegfall der Lohnnebenkosten nach dem sechsten Kurzarbeitsmonat. Das hilft in unseren Zuliefererfirmen ebenso wie bei unseren Autobauern. Dazu kommt eine Detailregelung, die aber vielen Arbeitsplätzen hilft: Für Unternehmen mit mehreren Standorten gilt: Wird in einem Werk 6 Monate kurz gearbeitet, wird das Unternehmen in jedem weiteren Werk, bei dem ebenfalls Kurzarbeit notwendig wird, sofort von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit.

Der Schutzschirm für Ausbildung, den die SPD Bundestagsfraktion beschlossen hat, mündete sofort in eine Gesetzesänderung. So genannte „**Insolvenzlehrlinge**“ können nun völlig unbürokratisch bei der Suche nach einem Folgeausbildungsplatz unterstützt werden. Wir wollen, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre überbetrieblichen Ausbildungsplätze aufstockt. Und wir halten an dem politischen Ziel fest, dass die Wirtschaft ihre Ausbildungsleistung bei 600.000 Ausbildungsverträgen 2009 beibehält. Wir sind stolz, dass unser Arbeitsminister das auch gegen den Unionsminister zu Guttenberg beim letzten Aus-

bildungspakt durch die Verweigerung seiner Unterschrift deutlich gemacht hat. Für die berufliche Ausbildung ist in erster Linie die Wirtschaft zuständig.

## Wie geht es weiter?

Wir wollen Deutschland besser für die Zeit nach der Krise aufstellen. Würde der Arbeit, gesetzlicher Mindestlohn, Sicherung des Fachkräftebedarfs, Ausbildung und mehr Mitbestimmung - das gilt es anzugehen. Wir kämpfen für Gute Arbeit, Arbeit also, die fair bezahlt ist und Schluss macht mit dem Missbrauch in der Zeitarbeit. Die Menschen im Land brauchen eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die unsere soziale und demokratische Handschrift trägt.

## Eure Ansprechpartner

### Landesvorstand:

*Dr. Lars Castellucci*

Projektgruppe „Gute Arbeit“

tel: 06222 53374

mail: [mail@lars-castellucci.de](mailto:mail@lars-castellucci.de)

### Landtagsfraktion:

*Rudolf Hausmann*

MdL, arbeitsmarktpolitischer Sprecher

tel: 07121 330011

mail: [rudolf.hausmann@spd.landtag-bw.de](mailto:rudolf.hausmann@spd.landtag-bw.de)

### Landesgruppe:

Katja Mast

MdB, Ausschuss für Arbeit&Soziales

tel: 030 227 73755

mail: [katja.mast@bundestag.de](mailto:katja.mast@bundestag.de)

### ASF:

## Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften

Die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, hat heute ein Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften gefordert. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner, MdB:

Ich begrüße die Forderung von Brigitte Zypries, das Adoptionsrecht auf eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auszuweiten. Lesbische Frauen und schwule Männer sind keine besseren oder schlechteren Eltern als andere. Denn im Mittelpunkt jeder Adoption steht das Kindeswohl und nicht die sexuelle Identität der Eltern - auch wenn die Adoptiveltern in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben.

Damit entspricht die Ministerin nicht nur einer langjährigen Forderung der ASF. Auch der Deutsche Frauenrat hatte sich unserer Forderung bereits im Jahr 2004 angeschlossen.

Die Forderung entspricht auch dem Regierungsprogramm der SPD. Darin heißt es "Wir wollen eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichstellen und bestehende Benachteiligungen abbauen."

Ein konsequenter Schritt ist auch die Ergänzung des Diskriminierungsverbotes im Grundgesetz. Der Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes muss um das Merkmal "sexuelle Identität" ergänzt werden.

Wir wollen die vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe, nicht mehr und nicht weniger. Durch die Gesetze von 2001 und 2005 sind bereits viele Benachteiligungen beseitigt worden. Allerdings überwiegen immer noch die Pflichten. Jetzt müssen auch die Rechte ausgeweitet werden. Das schließt das Adoptionsrecht mit ein.

SPD-Parteivorstand

Referat Frauen / ASF

### SPD:

## Landesregierung verschlechtert Chancengleichheit in den Kindergärten erheblich

## Vier wichtige Baustellen in der frühkindlichen Bildung

Bildungssprecher [Mentrup](#): „Träger, Fachkräfte und Eltern vor Ort fühlen sich von der Landesregierung alleine gelassen“

Die SPD-Landtagsfraktion fordert von der Landesregierung, deutlich stärkere Verantwortung für die frühkindliche Bildung zu übernehmen. Obwohl die Zahl der Baustellen im Elementarbereich zunehme, lege die Landesregierung ihre Hände in den Schoß, kritisierte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Mentrup: „Träger, Fachkräfte und Eltern vor Ort fühlen sich von der Landesregierung alleine gelassen.“ Die Folgen seien dramatisch: Ministerpräsident Oettinger und Kultusminister Rau würden bewusst in Kauf nehmen, dass das große Potenzial der besonders lernintensiven ersten Lebensjahre bei den Kindern nicht ausgeschöpft werde. Zudem sei die Gefahr groß, dass die Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote von der Kassenlage der Kommunen abhängen und dadurch ungleiche Verhältnisse entstünden. „Die Landesregierung verspielt hier die Chancengleichheit für alle Kinder“, erklärte Mentrup: „Das kann sich Baden-Württemberg nicht leisten.“

Mentrup forderte, dass die Landesregierung schnell mit den kommunalen Landesverbänden über eine Beteiligung verhandeln müsse: „Beim Doppelhaushalt 2009/10 kommt es zum Schwur.“ Dann werde sich zeigen, ob sich das Land zu seiner finanziellen Mitverantwortung bekenne. Akuten Handlungsbedarf sieht Mentrup an vier Baustellen in der frühkindlichen Bildung.

### **Baustelle 1: Kleinkindbetreuung – Ausbaupläne und tatsächliche Nachfrage nach Betreuungsplätzen**

Kinder ab dem ersten Geburtstag erhalten ab dem Jahr 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Bis dahin soll für 35 Prozent aller Kleinkinder bis zum Alter von drei Jahren ein Betreuungsplatz geschaffen werden. Im Dezember 2007 hat sich das Land mit den kommunalen Landesverbänden auf die Finanzierung des Ausbauprogramms (Investitions- und Betriebskostenförderung) und auf einen Stufenplan bis zum Jahr 2013 verständigt.

Mentrup hält diese Vereinbarung für überholt, da die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren deutlich größer sei als angenommen. In einem gemeinsamen „Brandbrief“ des Städtetages und des Gemeindetages an Ministerpräsident Oettinger erklärten die kommunalen Landesverbände am 9. Juni 2009: „Es zeigt sich bereits jetzt, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren die früheren Erwartungen weit übersteigt.“ Infolgedessen sei die beim Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Land und den Kommunen vom 21. Dezember 2007 angenommene Zusatzbelastung von 800 Millionen Euro pro Jahr nicht mehr realistisch, erklärte der Bildungsexperte.

#### **Die Forderungen der SPD**

- o Deutlich höhere Landesbeteiligung an den Ausbauskosten für Krippenplätze über das bereits Zugesagte hinaus
- o Bereits im Jahr 2011 einen Betreuungsplatz für jedes dritte Kind bereitstellen

### **Baustelle 2: Orientierungsplan – verbindliche Einführung zum Kindergartenjahr 2009/10**

Der Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen wird zum Kindergartenjahr 2009/2010 verbindlich für alle Einrichtungen in Baden-Württemberg eingeführt, gilt allerdings nur für die drei- bis sechsjährigen Kinder. Der Plan gelte zwar als gute inhaltliche Grundlage für die frühkindliche Bildung. „Wenn der Orientierungsplan aber flächendeckend und qualitativ umgesetzt werden soll, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden“, sagte Mentrup. Die Fachkräfte engagierten sich zwar in hohem Maße. Mentrup hält aber die Personalausstattung für viel zu gering. Es fehlten Zeiten für die Vor- und Nachbereitung und auch die Fortbildungsangebote reichten bei weitem nicht aus. Dies würden auch die kommunalen Landesverbände so sehen. Sie erklärten in ihrem Schreiben an die Landesregierung, „dass neben der Notwendigkeit einer besseren Qualifizierung des Personals die bisher zugrunde gelegten Mindeststandards nicht mehr ausreichen, um den Vorgaben des Orientierungsplans gerecht zu werden.“ Allerdings sei der Plan, wenn sich Oettinger mit den kommunalen Landesverbänden am 20. Oktober 2009 zu einem Gespräch treffe, bereits seit einigen Wochen verbindlich eingeführt. Damit sei klar, dass die Landesregie-

rung die Umsetzung eines Plans verbindlich vorgeschrieben habe, ohne Mindeststandards festzulegen – von der Mitfinanzierung des Landes ganz zu schweigen, erklärte Mentrup. „Dieses Vorgehen verdeutlicht, dass die Landesregierung egal ist, wie der Plan umgesetzt wird – Hauptsache, sie kann die Einführung als Erfolg feiern“, sagte der Bildungsexperte.

Die SPD fordert eine breit angelegte Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen. Ziel müsse sein, die Personalausstattung mit Fachkräften zu verbessern und die Fachkräfte höher zu qualifizieren. Das Land solle sich an den finanziellen Mehraufwendungen beteiligen und die Verantwortung für die Umsetzung des Orientierungsplans sowie den dafür notwendigen Rahmenbedingungen nicht allein den Kommunen zuschieben, forderte Mentrup.

#### **Die Forderungen der SPD:**

- o Bessere Personalausstattung mit Fachkräften: in einem Stufenplan soll die Fachkraft-Kind-Relation auf einen Mindeststandard von 1:12 angehoben werden
- o Gesetzliche Grundlage für die verbindliche Einführung des Orientierungsplans
- o Gültigkeit des Orientierungsplans für den gesamten Bereich der 0-6-Jährigen
- o Land und Träger vereinbaren ein Qualitätssicherungskonzept zur Umsetzung des Orientierungsplans
- o Schrittweise Beitragsfreiheit des Kindergartens

### **Baustelle 3: Sprachförderung – Ankündigung des Landes, Sprachförderangebote für alle Kinder vorzuhalten**

Die Landesregierung hat angekündigt, für alle Kinder mit Sprachförderbedarf ein entsprechendes Förderangebot bereitzustellen und die Finanzierung sicherzustellen. Die inhaltliche und finanzielle Abwicklung der Sprachförderung im Land erfolgt über das Programm „Sag´ mal was“ der Landesstiftung. Hierfür wurden für das Jahr 2009 acht Millionen Euro bereitgestellt. Voraussetzung für die Antragsstellung ist die zum 1. Januar 2009 eingeführte zweistufige Einschulungsuntersuchung (ESU), für die die Gesundheitsämter zuständig sind.

Allerdings musste Sozialministerin Stolz in der Plenarsitzung vom 18. Juni 2009 einräumen, dass im Jahr 2009 aufgrund personeller Engpässe bei den öffentlichen Gesundheitsämtern höchstens 90 Prozent der Kinder nach der neuen ESU untersucht werden könnten. Diese Untersuchung ist aber Voraussetzung, um bei der Landesstiftung einen Antrag auf Sprachförderung stellen zu können. Andere Diagnoseverfahren als in der ESU vorgesehen, dürfen für die Antragsstellung nicht verwendet werden.

„Diese Vorgaben führen dazu, dass viele Kinder mit Sprachproblemen nicht gefördert werden“, sagte Mentrup. Schließlich habe die Landesregierung in der Antwort auf eine SPD-Anfrage eingeräumt, dass 12,7 Prozent der Anträge, die bei der Landesstiftung ge-

stellt wurden, im Programmjahr 2008/09 abgelehnt wurden. Infolge dessen erhielten jetzt schon 8,3 Prozent der Kinder mit Förderbedarf keine Sprachförderung (Drucksache 14/4280). Mentrup schätzt deshalb, dass im Jahr 2009 voraussichtlich bis zu 12 Prozent der Kinder mit Sprachproblemen nicht unterstützt werden könnten. Hinzu kommt, dass die Förderrichtlinien verschärft wurden und nur noch 5-jährige Kinder am „Sag mal was“-Programm teilnehmen dürfen.

„Wenn man weiß, wie wichtig die Sprachförderung für die weitere Bildungskarriere ist, stehen wir hier vor einer Bankrotterklärung der Kultusminister“, sagte Mentrup. Die Eltern hätten keine Gewissheit, ob ihr Kind tatsächlich rechtzeitig vor der Einschulung sprachlich gefördert werde. „Die Politik Raus macht die Chancengleichheit für viele Kinder zunichte.“ Wenn die personellen Ressourcen bei den Gesundheitsämtern und bei der Landesstiftung nicht ausreichen, um alle Kinder angemessen und im bisherigen Rahmen zu fördern, müsse die Landesregierung nachlegen. „Oettinger ist hier im Wort, Eltern und Kindern zu helfen“, sagte Mentrup.

#### **Die Forderungen der SPD**

- o Integrierte Sprachförderung von Beginn des Kindergartens an
- o Verlässliche Finanzierung der Sprachförderung über den Landeshaushalt
- o Vorübergehende Zulassung verschiedener Verfahren zur Sprachstandsdiagnose für die Antragsstellung beim „Sag mal was“-Programm der Landesstiftung

#### **Baustelle 4: Qualifikation und Bezahlung von Erziehern und Erzieherinnen – parteiübergreifendes Ja zu Höherqualifizierung, alles andere ist ungewiss**

Da die Qualität der Kindertageseinrichtungen von Engagement und Qualifikation der Erzieher und Erzieherinnen abhängt, müsse die Aus- und Fortbildung weiter verbessert werden. Die SPD fordert seit langem, die Ausbildung mittelfristig auf Hochschulniveau anzuheben. Diese Forderung sei über alle Parteigrenzen hinweg unstrittig. Tatsächlich wurden zum Wintersemester 2007/08 an den Pädagogischen Hochschulen und (Fach)Hochschulen des Landes 275 Studienanfängerplätze für Studiengänge der frühkindlichen Bildung eingerichtet. Schrittweise sollen weitere Plätze zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, dass bereits im Sommer 2010 die ersten Absolventen der neuen Studiengänge die Hochschulen verlassen. Bisher sei aber völlig offen, wo diese Absolventen überhaupt eingesetzt würden und was sie verdienen sollten, erklärte Mentrup.

#### **Die Forderungen der SPD**

- o Bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher: Sie sollen künftig in EG 9 des TVöD eingruppiert werden (rund 2.237 €brutto in der Grundstufe)

o Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher schrittweise auf Hochschulniveau anheben; damit einhergehend bessere Bezahlung der Hochschulabsolventen mit besonderen Anforderungen und Qualifikationen: Sie sollen künftig in EG 10 des TVöD eingruppiert werden (rund 2.533 €brutto in der Grundstufe)

Stuttgart, 27. Juli 2009

[Dr. Roland Peter](#)  
Pressesprecher

## **Mehr Flexibilität beim Übergang in die Rente**

### **Bundespolitik**

Der dieser Tage von der Bundesbank ins Spiel gebrachte Vorschlag, das gesetzliche Rentenalter perspektivisch auf 69 Jahre anzuheben, ist Unsinn. Mit der Lebenswirklichkeit hat dies nichts zu tun. Außerdem ist es müßig, darüber zu spekulieren, welche Erfordernisse 2060 an die Rentenversicherung gestellt werden müssten. Dies hängt dann entscheidend von der Situation am Arbeitsmarkt ab.



### **Umbau zu Bürgersozialversicherungen**

In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gehört – gerade auch jetzt vor der Bundestagswahl – vielmehr, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme so umbauen, dass sie im Sinne organisierter Solidarität erhalten bleiben. Gerade weil wir den Sozialstaat erhalten wollen, haben wir uns in der SPD Baden-Württemberg schon früh – bereits vor der rot-grünen Regierungszeit – daran gemacht, Konzepte für notwendige Reformen zu erarbeiten. Viele der sozialpolitischen Impulse, die unser Landesverband in den letzten Jahren dazu gegeben hat, sind in Regierungsarbeit und aktuell auch in das SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl eingeflossen.

Unser zentrales Leitprinzip ist dabei der Umbau der sozialen Sicherung hin zu Bürgersozialversicherungen.

gen. Am Ende soll ein Sozialstaat stehen, der alle Erwerbstätigen bei der Alterssicherung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht. So haben wir im Bundestagswahlprogramm festgelegt, dass wir in die Rentenversicherung zunächst alle Solo- Selbständigen einbeziehen, sofern sie nicht eine der gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Altersversorgung haben. Ein erster Schritt – doch wir in Baden- Württemberg wollen weiter gehen: Eine Rentenversicherung soll am Ende alle Erwerbstätigen als Beitragszahler einbeziehen, auch zum Beispiel Beamtinnen und Beamte oder Politikerinnen und Politiker.

### **Überprüfung der „Rente mit 67“**

Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren – und sind – hier auch die Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Meiner Ansicht nach muss allerdings die Revisionsklausel (nämlich die Überprüfung des Gesetzes anhand der tatsächlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel Arbeitslosigkeit), die das Gesetz selbst für 2010 festgelegt hat, auch als echte Überprüfungspflicht gelten. Denn bereits heute gilt: Menschen sind während ihrer Erwerbsphase unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt.

Wir wollen deshalb mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen. Die geförderte Altersteilzeit werden wir bis 2015 verlängern, wenn ein Unternehmen eine frei werdende Stelle mit einem Auszubildenden neu besetzt. Wir werden es schon ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen, eine Altersrente auch als Teilrente bei paralleler Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen. Wir wollen sowohl den Versicherten, als auch den Unternehmen die Möglichkeit geben, mit zusätzlichen Beiträgen zur Rentenversicherung bei einem früheren Rentenzugang die Abschläge zu reduzieren oder Zuschläge zu erwerben und so den Schutz im Alter oder bei Erwerbsminderung zu erhöhen. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitswelt so zu verändern, dass alle Beschäftigten möglichst lange am Arbeitsleben teilhaben können.

Diese Positionen in unserem Wahlprogramm sind ganz wesentlich auf die Linie unserer Landespartei zurückzuführen. Es gilt, dies im Bundestagswahlkampf deutlich zu machen.

**Veröffentlicht am 28.07.2009**

**SPD-BW**

## **SPD - Kreisverband Bodenseekreis**



**MdL Norbert Zeller**

### **Zeller stellt Antrag im Landtag:**

## **„Milchbauern nicht aussterben lassen“**

Den derzeit massiven Problemen der Milcherzeuger im Land und insbesondere den kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben in der Region Bodensee-Oberschwaben hat sich der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller SPD angenommen und an die Landesregierung in einer parlamentarischen Anfrage appelliert, die Milch produzierenden Betriebe im Lande nicht aussterben zu lassen. Er ist sich mit den Milchbauern einig, dass deren Lage dramatisch ist und sieht die Landesregierung in der Verpflichtung, sich für deren Existenzsicherung stark zu machen. Eine Abordnung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter hatte vor dem Wahlkreisbüro von Norbert Zeller vor einigen Tagen mit einer Traktorenschlange protestiert und Norbert Zeller informierte sich daraufhin vor Ort auf einem Milchbauernhof in Tannau in direktem Gespräch mit betroffenen Landwirten aus Oberschwaben. „Die Lage der Milch erzeugenden Betriebe ist Existenz gefährdend aufgrund der Preisschwankungen und der nicht auskömmlichen Preise“, so das Fazit Zellers. Als Politiker sieht er sich gezwungen, daher an die Landesregierung die Frage nach den Folgen für die Erzeuger und die betroffenen Regionen zu stellen. Er hat dies in Form einer so genannten kleinen Anfrage nun getan

([www.norbertzeller.de](http://www.norbertzeller.de) unter Landtagsarbeit).

Eine Antwort will der Abgeordnete der Bodenseeregion von der Landesregierung darauf, wie hoch sie die Einkommensverluste der Milcherzeuger seit Jahresbeginn durch den Milchpreisverfall gegenüber dem Vorjahr einschätzt und ob es zutrifft, dass bereits im Herbst 2008 auf diese Entwicklung hingewiesen worden war und was seitdem unternommen wurde. Konkrete Aussagen fordert Zeller von der Landesregierung darüber, was sie unternimmt, um die Milchproduktion im Land auch mittel- und langfristig zu sichern und damit das Sterben der Milch produzierenden Betriebe zu stoppen.

Die SPD-Landtagsfraktion und Zeller teilen die Ansicht mit den Milchbauern, dass es keine Lösung ist, die Betriebsgrößen und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen, denn dies würde die Preisspirale nur weiter nach unten treiben, so Zeller. Die von den

Milchbauern geforderte Mengenreduzierung könnte die Preise stabilisieren und den derzeitigen ruinösen Wettbewerb beenden. Eine solche Regelung müsste allerdings EU-weit gelten und die Ein- und Ausfuhr streng reguliert werden. Daraufhin sollte die Landesregierung in ihren Möglichkeiten Einfluss nehmen, fordert Zeller, der die klein- und mittelbäuerliche traditionelle Milchwirtschaft in der Bodensee-region und in Oberschwaben unbedingt erhalten will. „Es muss im Land alles getan werden, um eine Existenzsicherung für die Milch erzeugenden Betriebe zu erlangen“, so Zeller, dessen Kleine Anfrage darauf abzielt.

22.07.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

## **Was sind dreißig Jahre? Endlich – ein Frauenhaus für den Bodenseekreis!**

Ja, was sind dreißig Jahre? Eine lange Zeit oder eine ganze Generation, sagt man. Oder - laut Brockhaus: „die Gesamtheit der innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts geborenen Gesellschaftsmitglieder, die aufgrund gleichartiger historischer Erfahrungen ähnliche kulturelle Orientierungen, soziale Einstellungen und Verhaltensmuster ausgebildet haben.“

Eine ganze Generation von Kommunalpolitikerinnen und -politikern hat es gebraucht, bis nun auch der Bodenseekreis als drittletzter unter den baden-württembergischen Landkreisen sein eigenes Frauen- und Kinderschutzhhaus endlich, endlich auf den Weg gebracht hat. Bewegt haben die Frauen der ersten Stunde am 27. Juli 2009 den einstimmigen Beschluss des Kreistages zur Kenntnis genommen: Nachdem in der Vergangenheit das Thema stets wiederkehrend als Antrag der AsF/SPD und/oder des Vereins „Frauen helfen Frauen“ auf der Tagesordnung stand – jedes Mal mit einem Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Antrag abzulehnen, hatte nun die Verwaltung selbst den Antrag gestellt. Eine beherzte, engagierte Frauenbeauftragte und ein Landrat, der sich unvoreingenommen von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung überzeugen ließ, hatten möglich gemacht, was drei Jahrzehnte nicht sein durfte. Und auch wenn keines der Argumente neu war, die für das Frauen- und Kinderschutzhhaus sprechen, signalisierten die Sprecherinnen der so genannten bürgerlichen Fraktionen nun volle Zustimmung zu dem Projekt, als hätten sie nie etwas anderes gesagt.

Aber auch die Journalisten zeigten, dass sich (siehe oben) neue „soziale Einstellungen und Verhaltensmuster ausgebildet haben.“ Applaudierten noch in den Frühzeiten der Diskussion ums Frauenhaus einige der damaligen Presse männer kräftig Beifall für die Ablehnung und sprachen von den „Emanzen“ und „Quotilden“, die sich hier engagierten, konnte sich der Kollege von der Schwäbischen Zeitung am vergangenen Montag nicht genug wundern, dass der

Bodenseekreis so lange für einen derartigen Beschluss gebraucht hatte.

Das „Beschützte Haus“ für den Bodensee, dessen Konzeption und Betreuung durch die AWO gewährleistet sein wird, ist ein Beispiel dafür, dass zwar ideologische Barrieren etwas sehr lange verhindern können, dass aber einer berechtigten Forderung durch das veränderte Bewusstsein der Gesellschaft letztendlich doch Rechnung getragen wird.

Im Interesse aller Frauen und Kinder, die in diesem Haus Zuflucht suchen müssen, freut sich die SPD-Kreistagsfraktion sehr über den Beschluss.

**Rotraut Binder**

**Persönliche Anmerkung:** Für mich, die ich mich für dieses Thema seit Beginn meiner Tätigkeit als Kreisrätin vor 30 Jahren „verkämpft“ habe, war es besonders schön, in meiner allerletzten Kreistagssitzung endlich einen Knoten daran machen zu können. Ich hatte fast schon die Hoffnung auf eine Realisierung aufgegeben.

### **SPD:**

## **„Verteilungsgerechtigkeit ist wahlentscheidend“**

### **Überlinger SPD-Versammlung plant Bundestagswahlkampf**

*SPD-Versammlung zur Bundestagswahl – SPD-Ortsverein Überlingen - am Montag, 27. Juli 2009 im Hotel „Ochsen“ in Überlingen mit MdB Hilde Mattheis (Ulm), stellvertretende Landesvorsitzende in der SPD Baden-Württemberg*

*Überlingen.* Existenzsichernde Löhne für alle, strengere Regulierung der Finanzmärkte, eine andere Steuerprogression und die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme: das sind für die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis die Schwerpunkte im so genannten „Regierungsprogramm“ der Sozialdemokraten für die Bundestagswahl am 27. September. Bei einer SPD-Mitgliederversammlung der Ortsvereine Überlingen und Sipplingen am Montag erläuterte Mattheis das Programm ihrer Partei für die kommenden „heißen“ Wahlkampfwochen. Ihre Ausführungen ergänzte der hiesige SPD-Kandidat Jochen Jehle mit Anliegen der Bodenseeregion für die Bundestagswahl.

„Die Frage der Gerechtigkeit beschäftigt viele Leute, bis in Wählerschichten der FDP hinein“, ist Hilde Mattheis überzeugt. Die stellvertretende Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD trat vehement für die Teilhabe aller Bürger an der gesundheitlichen Versorgung und am medizinischen Fortschritt ein, deren Finanzierung am besten mit dem Konzept der Bürgerversicherung garantiert sei. „Die Verteilungsgerechtigkeit ist Wahl entscheidend“, sagte die SPD-Politikerin und erinnerte in

diesem Zusammenhang an die Ängste in der Bevölkerung im Zuge der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise. Die gut besuchte Versammlung unterstützte die SPD-Abgeordnete bei ihrem Appell um mehr Glaubwürdigkeit der politischen Klasse. „Wir haben in der früheren Regierung bei der Agenda 2010 nicht alles richtig gemacht“, räumte Mattheis ein. Sagen, was man denke, und tun, was man (vor der Wahl) sagt, dies müsse wieder zur Richtschnur politischen Handelns in der Regierung werden.

Als „guten Neuanfang“ würdigte sie die intensive Beteiligung der Parteibasis an der Ausarbeitung des Hamburger Grundsatzprogramms der SPD. Mit den politischen Zielen in dieser neuen Plattform könnten sich alle Gliederungen in der Partei gut identifizieren. Eine Grunderkenntnis darin lautet, bestärkt durch die aktuelle Finanzkrise: „Das neoliberale Zeitalter hat sich überlebt.“

Der gastgebende Vorsitzende der Überlinger SPD, Dietram Hoffmann, lenkte die Diskussion auf die von der SPD geforderten Mindestlöhne, die selbst von Teilen des Handwerks im Wettbewerb mit der Industrie als berechtigtes Anliegen kommentiert würden. „Wir lassen nicht ab vom beharrlichen Eintreten dafür, dass alle Beschäftigten eine sozialversicherte Arbeit haben mit einem Lohn, von dem sie und ihre Familien auch leben können“, sagte Hilde Mattheis. Sie forderte einen TÜV für alle Produkte der Finanzmärkte und eine Beteiligung an den Kosten für das Gemeinwohl, „wer mit Spekulationen an der Böse Geld verdient.“ Eine schwarz-gelbe Bundesregierung verhindere nicht die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, fügte die SPD-Politikerin hinzu.



Foto: Marianne König

Von rechts: Hilde Mattheis, Dietram Hoffmann, Christian Gospodarek

Der SPD-Bundestagskandidat und Kreisvorsitzende Jochen Jehle wies in seinen Ausführungen auf die Vorteile bei den Investitionen im Klimaschutz und bei der Förderung erneuerbarer Energieträger für die mittelständische Wirtschaft am Bodensee hin. Dietram Hoffmann kündigte als prominenten Gast bei einer Wahlkundgebung in einigen Wochen in Über-

lingen den Generalsekretär der Bundes-SPD, Hubertus Heil, an.

28.07.2009

Willi Bernhard

**Norbert Zeller:**

## **Report des Statistischen Landesamtes zur Situation der Familien**

Liebe Genossinnen und Genossen, da der Bodenseekreis eine Studie zur Situation der Familien im Bodenseekreis in Auftrag gegeben hat und diese demnächst vorliegen wird, ist sicherlich ein Vergleich mit der Situation der Familien auf Landesebene interessant.

Ich leite euch deshalb einen Report des Statistischen Landesamtes weiter. Es lohnt sich auch auf kommunaler Ebene das Thema Familie in den Mittelpunkt zu stellen.

Herzlichen Gruß

**Norbert Zeller**

Der Report "Familien in Baden-Württemberg" wird im Rahmen der Familienberichterstattung des Landes von der Familienforschung Baden-Württemberg erstellt und enthält themenbezogene wissenschaftliche Analysen zur Lage von Familien in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Er erscheint quartalsweise und wird ausschließlich in elektronischer Form veröffentlicht. Auf der Homepage der Familienforschung Baden-Württemberg besteht die Möglichkeit, den Report kostenlos zu abonnieren (<http://www.faf-bw.de>

<[http://www.faf-bw.de/Familien\\_in\\_BW](http://www.faf-bw.de/Familien_in_BW)> ).

Hier und auf der Homepage des Ministeriums für Arbeit und Soziales

(<http://www.sozialministerium-bw.de>

<[http://www.sozialministerium-bw.de/de/Untersuchungen\\_zur\\_Lage\\_der\\_Familien/82123.html](http://www.sozialministerium-bw.de/de/Untersuchungen_zur_Lage_der_Familien/82123.html)> )

steht er auch zum Download bereit.

**Dr. Carmina Brenner**

**Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg**

## **IHK mahnt Ausbau der B 30 und B 31 an**

Zur Halbzeit des Bundesverkehrswegeplans 2003-2015 kritisiert die Vollversammlung der IHK Bodensee-Oberschwaben, dass viele Verkehrsprojekte aus der Region Bodensee-Oberschwaben trotz höchster Dringlichkeitsstufe ungenügende Fortschritte machen. Für wichtige Abschnitte wurde noch nicht einmal mit der Planung begonnen. Die IHK mahnt daher in einer Resolution den weiteren Ausbau der B 30 und B 31 an. Mehr

<<http://www.weingarten.ihk.de/artikel/Presse/detail055329.jsp?msf=>>

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



[frisch gesprickelt](#)

Gabi Sprickler-Falschlunger bloggt.



Vorarlbergs Zukunft:

## Arbeiten in Schwaben?

"Ungeachtet der gegenwärtig steigenden Arbeitslosenzahlen wird auf Baden-Württemberg mittel- und langfristig ein wachsender Fachkräftemangel zukommen. Ohne geeignete Gegenmaßnahmen werden bereits im Jahr 2015 in Baden-Württemberg rund 280.000 Erwerbstätige fehlen, bis zum Jahr 2030 droht die Arbeitskräftelücke dann sogar auf voraussichtlich 500.000 Erwerbstätige anzuwachsen". Dies ist u. a. ein Ergebnis einer Studie der Prognos AG mit dem Titel "Qualifikationsbedarf 2015 und 2030 in Baden-Württemberg", die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellt wurde.

• Das was bei unserem unmittelbaren Nachbarn in der Prognos-Studie festgestellt wurde, dies gilt selbstverständlich weitgehend auch hier in Vorarlberg. Wenn hier nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, verbleibt unseren Vorarlberger Arbeitnehmern

nichts anderes als den seinerzeitigen Schwabenkindern: Arbeiten in Schwaben.

### Berufliche Bildung.

Die Studie zeigt, dass Bildung, insbesondere die berufliche Weiterbildung, der wichtigste Hebel gegen den Fachkräftemangel ist. Wenn dieser und andere geeignete Hebel zur Steigerung des Arbeitskräfteangebots nicht umgelegt werden können, bedeutet dies, dass in 20 Jahren rund zehn Prozent der benötigten Erwerbstätigen aller Qualifikationsstufen fehlen.

Die Studie enthält eine Prognose des Arbeitskräftebedarfs nach Qualifikationen und Tätigkeiten, eine Fortschreibung der zukünftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots nach Tätigkeiten, Fachrichtungen und Qualifikationen sowie eine Bilanzierung der Angebots- und Nachfrageseite. Außerdem wurden verschiedene Handlungsfelder - "höhere Erwerbsbeteiligung", "längere Wochenarbeitszeiten", "höhere Bildungsbeteiligung" und "Flexibilisierung der Tätigkeitsorientierung" - betrachtet, die dazu beitragen können, potenzielle Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu lösen und Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten zu verringern. Dabei zeigte sich, dass sich das entsprechende Angebot an Arbeitskräften bis zum Jahre 2030 vor allem auch durch eine "flexiblere Tätigkeitsorientierung" erhöhen lässt. Unter "flexiblere Tätigkeitsorientierung" versteht Prognos insbesondere die Weiterbildung und Umschulung. Allein durch dieses Handlungsfeld würde sich die entsprechende Lücke bis 2030 um ca. 250.000 Personen verringern lassen. Danach folgen aus quantitativer Sicht die Handlungsfelder "längere Wochenarbeitszeiten", "höhere Erwerbsbeteiligung" sowie eine "höhere Bildungsbeteiligung".

Nach Sektoren differenziert fehlen im Verarbeitenden Gewerbe bereits 2015 über 60.000 Personen, bis 2030 steigt die Lücke bis auf 80.000 Personen an. In den Dienstleistungsbranchen zeichnet sich die größte Arbeitskräftelücke ab. Hier fehlen bereits 2015

210.000 Personen (2030: 370.000). Die Hälfte der fehlenden Arbeitskräfte im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2030 sind Hochschulabsolventen (2015: 42 Prozent), in den Dienstleistungsbranchen sind es 40 Prozent (2015: 32 Prozent). Bei den beruflichen Bildungsabschlüssen wird der Mangel in den Dienstleistungsbranchen mit knapp 50 Prozent am größten sein (2015: 42 Prozent), während im Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls 44 Prozent der fehlenden Personen einen Berufsabschluss aufweisen sollten (2015: 38 Prozent). Dazu fehlen noch 50.000 Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss im Dienstleistungssektor (sowohl 2015 als auch 2030).

### **Arbeitskräftenachfrage der Zukunft: Bildung.**

Informationen darüber, wie sich langfristig der Arbeitskräftebedarf und das Arbeitskräfteangebot im Einzelnen entwickeln, seien dabei für Wirtschaft und Gesellschaft von größter Bedeutung. Laut der Studie wird sich bei der Tätigkeitsstruktur in Baden-Württemberg beispielsweise eine anteilige Reduzierung der produktionsnahen Tätigkeiten von über 25 Prozent im Jahr 2000 auf 19 Prozent im Jahr 2030 ergeben. Ebenfalls abnehmen werden die primären Dienstleistungstätigkeiten. Gleichzeitig nehmen die verwaltenden und organisatorischen Tätigkeiten sowie die wissensbasierten Tätigkeiten zu. Die wissensbasierten Tätigkeiten erhöhen sich von knapp über 18 Prozent auf rund 25 Prozent. Dieser Strukturwandel hin zur Wissensgesellschaft zeigt sich auch bei den Qualifikationsanforderungen.

Insgesamt ist bis 2030 eine stärkere Nachfrage nach höher qualifizierten Tätigkeiten zu erwarten, während für die meisten Tätigkeiten ohne berufliche Bildung von einem Rückgang auszugehen ist. In diesem Zusammenhang sollen fünf Ziele verfolgt werden:

- Die Verstärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung
- die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen, von Frauen und von Personen mit Migrationshintergrund
- die Erleichterung der Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften
- die Steigerung der Absolventenzahl in den technischen Berufen, insbesondere in den Ingenieurberufen
- die Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung, um die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten zu honorieren und zur Höherqualifizierung zu motivieren.

28.07.2009

SPÖ Vorarlberg

**Anmerkung der Redaktion:** Gabi Sprickler-Falschlunger ist die Tochter des Ehrenpräsidenten der SBI, Karl Falschlunger aus Bregenz. Gabi Sprickler-

Falschlunger ist praktische Ärztin, Stadträtin in Dornbirn.

**SPÖ-Pircher:**

## **Vorarlberg hinkt bei Ferienbetreuung noch immer hinterher**

### **Erneute Forderung nach kostenfreier Kinderbetreuung**

In Österreich haben die Kinderbetreuungseinrichtungen während der Sommerferien durchschnittlich 19,7 Tage geschlossen, in Vorarlberg ganze 34,3 (!)Tage. Für Familiensprecherin und LAbg. Olga Pircher ist das eindeutig zu viel. „Die SPÖ zeigt diese Problematik schon seit geraumer Zeit immer wieder auf. Und aufgrund dieser jetzt wieder einmal statistisch belegten Tatsache fordern wir erneut die Beseitigung dieser Missstände im Land“, so Pircher.

„Wie soll unter solchen Umständen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich sein“, kritisiert Pircher. „Schließlich ist nicht jede Familie in der glücklichen Lage in punkto Kinderbetreuung auf Großeltern oder sonstige Vertraute zurückzugreifen“, stellt die Frauensprecherin klar. Jene Einrichtungen, die eine Sommerbetreuung anbieten würden, wären für viele Familien oder Alleinerzieherinnen finanziell oft nicht tragbar und stellten somit auch keine Alternative dar, findet Pircher.

Für die SPÖ ist die kostenfreie Kinderbetreuung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren ein großes Anliegen. Und zwar nicht nur während der regulären Schulzeiten, sondern auch und vor allem während der Ferienzeiten, begründet Pircher ihren Einsatz für die Vorarlberger Familien.

Bregenz, 27.07.2009

LAbg. Olga Pircher  
Familien- und Frauensprecherin

**Mayer:**

## **Mit innovativem Unterricht erübrigt sich teure Nachhilfe**

"Wenn SchülerInnen schon während des Schuljahres richtig gefördert und gefordert werden, dann erübrigt sich teure Nachhilfe in den Sommerferien. Mit dem eingeschlagenen Weg einer reformorientierten und innovativen Schule, wie sie Bildungsministerin Schmied forciert, sind wir am besten Weg dazu", erklärte SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer zum sich jährlich wiederholenden BZÖ-Vorschlag nach Lehrer-Nachhilfe in den Sommerferien. "Die Sommerferien sind dazu da, dass sich die Kinder und Jugendlichen erholen, neue Kräfte sammeln und mit

ihren Familien und Freunden Urlaub und Spaß haben", betonte Mayer.

In Schulreformprojekten, wie die "Neue Mittelschule", würden, so Mayer, die Kinder und Jugendlichen individuell gefördert und gefordert, je nach Leistungsniveau. Vorgesehen sei auch eine sinnvolle Ganztagesbetreuung an den Schulen, wo sich Lern- und Fördereinheiten mit Freizeit, Sport, Kunst und Kultur über den Tag verteilt abwechseln würden werden. Auf SchülerInnen mit Teilleistungsschwächen werde speziell eingegangen. "Damit soll verhindert werden, dass SchülerInnen negativ abschneiden und unterm Jahr oder in den Sommerferien teure Nachhilfestunden brauchen", so Mayer abschließend.

SPÖE-Express

31.07.2009

**SPD Kreis Biberach**  
**MdB**  
**Martin Gerster**

## Hochzeit des Bundestagsabgeordneten Martin Gerster

### **Sportakrobatinnen und Trommler überbringen gute Wünsche**

BIBERACH (zel) – Der Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat am zweiten Wochenende des Biberacher Schützenfestes seine langjährige Freundin Ulrike Möller standesamtlich geheiratet.



Nach der Zeremonie im Sitzungssaal gaben vor dem Eingang des Biberacher Rathauses „Die Feger“ mit Besen und wassergefüllten Bierflaschen zum Sekt-empfang ein rhythmisch-melodisches Ständchen,

bevor sich die Hochzeitsgesellschaft zu Martin Gersters Privatwohnung begab. Im Hof des Hauses feierten rund 200 Gäste und es ging weiter mit dem Reigen der Ständchen; es spielten die Spitaltrommler, die Trommler der Heggbacher Einrichtungen und der Schwarzbachschule, die Schwedenmusik, die Trommler von Matthias-Erzberger-Schule, Wieland- und Pestalozzigymnasium, die Ranzengarde und die Fahنشwinger, und zum Abschluss zeigten ihr Können zwei Akrobatinnen des Deutschen Sportakrobatikbundes, dessen Präsident Martin Gerster ist. Die Gäste ließen außerdem 100 rote, herzförmige Luftballons steigen, an denen sie Karten mit Gutscheinen über gute Taten fürs frisch gebackene Ehepaar befestigt hatten. Zurückgeschickte Gutscheine werden von den Spendern erfüllt.

27.07.2009

**Wolfgang Heinzel, Büroleiter**  
**Bürgerbüro Biberach**

**Einen herzlichen Glückwunsch an das Brautpaar auch vom Roten Seehas**

## **50 Bürger aus Oberschwaben in Berlin**

Auf Einladung des Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster haben Mitte Juli 50 Bürgerinnen und Bürger Berlin besucht. Auf dem Programm der politischen Informationsfahrt standen ein Informationsgespräch und eine Führung in der ehemaligen Stasi-Zentrale und heutigen Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, eine Sonderführung in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen, ein Gespräch in der Bundeszentrale für politische Bildung, ein Besuch im Willy-Brandt-Haus sowie eine Führung durch den Reichstag mit anschließender Diskussion mit MdB Martin Gerster, der die Gruppe persönlich im Reichstag begrüßte.

Einen besonderen Höhepunkt konnte Gerster seinen Gästen auch gleich am ersten Abend in Berlin bieten: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fahrt hatten die Möglichkeit, der Präsentation des neuen Buches „Strategien der extremen Rechten“ von Stefan Braun, MdL, Alexander Geisler und Martin Gerster beizuwohnen, die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries abhielt.

Auch die touristischen Aspekte Berlins kamen nicht zu kurz. Neben einer dreistündigen Stadtrundfahrt konnten die Oberschwaben auch eine Schifffahrt auf der Spree genießen.

„Auch unsere Reisebegleitung, Elke Märkle, war die beste Wahl“, freute sich eine Teilnehmerin nach der Fahrt. „Sie war für alle und jeden da, hat alles souverän gelöst und die Gruppe vorbildlich begleitet.“

Interessenten für weitere Berlinfahrten können sich unter [martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de) oder Tel. 07351/3003000 melden.



Foto: Büro M. Gerster  
15.07.2009 Vera Selonke, Büro Martin Gerster, MdB

**SPD Biberach und Gesamtelternbeirat laden ein:**

## Geplante Schulmeile sorgt für Diskussionsstoff

BIBERACH – "Alle Schüler in die Schulmeile? - Schulentwicklung in Biberach" ist der Titel einer Diskussionsveranstaltung, zu der der SPD-Ortsverein (OV) und der Gesamtelternbeirat einladen. Sie findet statt am Donnerstag, 30. Juli, ab 19 Uhr in der Aula der Dollinger-Realschule. Fürs Podium zugesagt haben Oberbürgermeister Thomas Fettback sowie die Rektoren Marcus Pfab (Dollinger-Realschule), Karl Schley (Mali-Haupt- mit Werkrealschule) und Werner Krug (Pflug-Förderschule). Unter der Moderation des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Roland Luskowski kann sich auch das Publikum an der Diskussion beteiligen.

Biberach soll eine Schulmeile bekommen: Zwischen Ratzengraben und Hans-Liebherr-Straße sollen in wenigen Jahren 3300 Schüler unterrichtet werden; nimmt man Berufsschulzentrum und Schwarzbachschule hinzu, sind es rund 13.000 Gymnasiasten, Förderschüler, Grund-, Haupt-, Real- und Berufsschüler.

Über die Vor- und Nachteile wird in Biberach schon jetzt diskutiert: Die einen erhoffen Synergieeffekte durch eine Zusammenlegung der Schulen, die anderen fürchten Sicherheitsprobleme und ein Verkehrschaos. Gleichzeitig erwarten Gutachter, dass auch in Biberach die Schülerzahlen in den nächsten Jahren stark zurückgehen werden, beispielsweise in Hauptschulen auf nur noch etwa die Hälfte bis 2025. "Angesichts dieser Situation sind neue pädagogische Konzepte gefragt und müssen in die Planungen einbezogen werden", sagte OV-Vorsitzender Roland Luskowski. "Dies und Sparüberlegungen werden in

den nächsten Jahren die Diskussion über die Schulentwicklung in Biberach wesentlich bestimmen."

Auslöser war der Vergrößerungsbedarf der Hochschule Biberach, nur zu realisieren auf dem Gelände der benachbarten Dollinger-Realschule, die nun ein neues Gebäude braucht. Dieses soll in der Schulmeile beim Stadion gebaut werden.

15.07.2009

Wolfgang Heinzl

**Anmerkung der Redaktion:** Der Termin der Veranstaltung ist natürlich nicht mehr aktuell – das Projekt sehr wohl. Eine Information über den Verlauf der Veranstaltung werden wir gegebenenfalls gerne veröffentlichen.

K-H-K

**SPD-Ortsverein Riedlingen**

## Elke Märkle bleibt Vorsitzende

**Bei der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Riedlingen mit turnusgemäßer Wahl des Vorstands blieb alles beim Alten: Elke Märkle, seit 4 Jahren an der Spitze der Riedlinger SPD, wurde in ihrem Amt bestätigt. Auch alle anderen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.**

In ihrem Rechenschaftsbericht konnte Elke Märkle auf zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen der Riedlinger SPD zurückblicken. So war im letzten Jahr beim traditionsgemäßen Altstadtfest der Ulmer OB Ivo Gönner und MundArt aus Biberach zu Gast und auch die Mitgliederzahl entwickelte sich positiv. Vor allem im Bereich der Jusos konnte ein deutlicher Zuwachs an Mitgliedern verzeichnet werden – so dass die Juso-Ortsgruppe Riedlingen auch wieder aktiv werden kann.

Bei den anschließenden Wahlen votierten die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Riedlingen wieder für Elke Märkle als Vorsitzende. Die 27-jährige Elise Allgaier erhielt als stellvertretende Vorsitzende erneut das Vertrauen. Erwin Mann verwaltet auch zukünftig die Kasse. Armin Walla bleibt Schriftführer und Josef Martin wurde erneut als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster war anwesend. Gerster bedankte sich bei der Vorstandschaft für die geleistete Arbeit in den letzten 2 Jahren und für den erfolgreichen Wahlkampf bei den Kommunalwahlen. Er gratulierte den Vorstandsmitgliedern zur Wiederwahl und stimmt die Mitglieder gleich auf den Bundestagswahlkampf ein. Anschließend stand Gerster Rede und Antwort zur aktuellen Finanzpolitik der Bundesregierung.



**Vorstand mit Martin Gerster MdB (li)**

In der Planung für das restliche Jahr stehen das Altstadtfest am 12.09. mit dem SPD-Fraktionsvorsitzendem im Landtag Claus Schmiedel und unserem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster und natürlich die Bundestagswahl am 27.09.2009 im Mittelpunkt.

Weitere Informationen finden Sie unter

[www.spd-riedlingen.de](http://www.spd-riedlingen.de)

20.07.2009

**Elke Märkle**

Vorsitzende SPD Ortsverein Riedlingen

### Parlamentarisches Patenschaftsprogramm

## MdB Gerster: „Bewerben lohnt sich!“

BIBERACH - Der Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster erinnert daran, dass die Bewerbungsfrist fürs parlamentarische Patenschaftsprogramm zwischen Deutschland und den USA (PPP) Anfang September abläuft. Per Stipendium ermöglicht das PPP Schülern zwischen 15 und 17 sowie jungen Berufstätigen mit abgeschlossener Ausbildung zwischen 16 und 24 Jahren einen einjährigen Aufenthalt in den USA ab Sommer 2010. Martin Gerster hat in den vergangenen drei Jahren bereits zwei Mal Jugendliche aus seinem Wahlkreis mit dem hochdotierten Stipendium des Deutschen Bundestags und des amerikanischen Kongresses entsenden können. Bislang haben sich für 2010/11 beim Deutschen Bundestag nur sehr wenige Jugendliche aus Gersters Wahlkreis beworben.

Die Schüler wohnen in Gastfamilien und besuchen die örtliche High School, die Berufstätigen gehen ins College und machen ein Praktikum in einem Betrieb. Welche Bundestagsabgeordneten für die deutschlandweit 360 Stipendiaten Patenschaften übernehmen, wird im Dezember entschieden. Gerster hofft, 2010 wieder Pate sein zu dürfen: „Bewerben lohnt sich auf jeden Fall, denn interessante Erfahrungen sind den Teilnehmern sicher!“ In seinem Wahlkreisbüro in der Poststraße 7 gegenüber dem Biberacher Bahnhof (Telefon 07351/3003000) sind Bewerber-

kartensortimenten vorrätig, die bis 4. September eingegangen sein müssen bei Experiment e. V., Gluckstraße 1, 53115 Bonn. Dort können sich auch Familien melden, die im Gegenzug einen jungen US-Bürger für ein Jahr aufnehmen möchten.

30.07.2009

**Wolfgang Heinzel, Büroleiter  
Bürgerbüro Biberach**

### MdB Gerster:

## „Mache Hausbesuche“

BIBERACH - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster setzt im Wahlkampf vor allem auf persönliche Begegnungen: „Ziel ist es, in allen 49 Gemeinden meines Wahlkreises Hausbesuche zu machen und in direkten Kontakt mit Menschen zu treten“, teilte er jetzt mit. Er wolle auf diesem Wege auch diejenigen treffen, die sich kaum oder nicht für Politik interessieren oder für die die Hemmschwelle, in Gersters Wahlkreisbüro vorbeizuschauen, zu hoch sei. Den Auftakt für seine Hausbesuche gibt Martin Gerster am 17. August in Tannheim.

Biberach, 03.08.2009 **Wolfgang Heinzel, Büroleiter  
Bürgerbüro Biberach**

## SPD Kreisverband Ravensburg

### Anne Jenter:

## „Eine Erwerbstätigenversicherung für alle“

*Die Bundestagskandidatin der SPD für den Wahlkreis Ravensburg will die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung stärken und weiterentwickeln.*



„Wir brauchen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, für Selbständige, Solo-Selbständige, Abgeordnete und mit Übergangsregelungen auch für Beamtinnen und Beamte“, sagte die Bundestagskandidatin

Anne Jenter am 15. Juli bei einer Veranstaltung der IG Metall in Ravensburg. Jenter betonte, dass gute, sozialversicherungspflichtige Arbeit die Basis für existenzsichernde Renten ist. „Der Boom von Mini-Jobs muss gestoppt werden, sonst droht Altersarmut in bisher ungekanntem Ausmaß“, warnte die SPD-Politikerin. Dies gelte besonders für Frauen. Aber auch Männer - vor allem jüngere - würden zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt.

Die kürzlich beschlossene Rentengarantie hält Jenter für richtig. Kurzarbeit verhindere in der Krise Arbeitslosigkeit und halte die Zahl der Beschäftigten stabil. Doch der Preis seien sinkende durchschnittliche Einkommen, an denen sich auch die Renten orientieren. Ohne Rentengarantie drohten im nächsten Jahr Rentenkürzungen. Das würde die Binnennachfrage belasten und die Krise verschärfen, erklärte Jenter. „Deswegen ist es sinnvoll, in der Wirtschaftskrise die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner zu erhalten.“ Das komme auch den jüngeren Generationen zu Gute. Außerdem falle die Rentenkürzung nicht einfach weg, sondern werde bei der nächsten Rentenanpassung verrechnet.

Auch die Rente mit 67 verschärft nach Jenters Auffassung die Krise. Statt 65-Jährige zu zwingen im Erwerbsleben zu bleiben, sollten die Arbeitsplätze lieber für jüngere Arbeitslose und Ausgebildete freigemacht werden. Jenter erinnerte daran, dass die SPD im Gesetzgebungsverfahren zur Rente mit 67 eine Pflicht zur Überprüfung der Arbeitsmarktlage durchgesetzt hatte. Die nächste Bundesregierung müsse dies in Angriff nehmen und Konsequenzen ziehen. Statt einen „Generationenkonflikt“ zu beschwören, sollten lieber zukunftsorientierte Lösungen wie Altersteilzeit und verbesserte Teilrenten realisiert werden, wie es die SPD in ihrem Wahlprogramm fordert, meinte die SPD-Bundestagskandidatin.

20.07.2009

Anne Jenter, Bundestagskandidatin  
der SPD im Kreis Ravensburg

## **SPD-Bundestagskandidatin Jenter sprach auf Kreisparteitag**

### **Investitionen in Bildung für wohnortnahe Schulen und Ganztagschulen – gegen Kleinstaaterei in der Bildungspolitik**

Wolfegg (Kreis Ravensburg) – „Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen müssen auch in Baden-Württemberg möglich sein“, forderte die SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter, und kritisierte aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik. „Länger ge-

meinsam lernen und kein Auseinandersortieren von zehnjährigen Kindern ist zukunftsorientiert Bildungspolitik“, meinte Jenter. Sie sieht die oberschwäbischen Schulleiter auf dem richtigen Weg und lobte deren kritische Position. Die Kandidatin des Wahlkreises Ravensburg sprach vergangene Woche auf dem Kreisparteitag der SPD in Wolfegg.

„Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Bewegung für bessere Bildung“, sagte Anne Jenter. Die SPD-Kandidatin ist hauptberuflich Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Von den aktuellen Reformbemühungen zeigte sich die studierte Lehrerin mehr als enttäuscht. Viele wünschenswerte Entwicklungen würden von Bundesländern, auch von Baden-Württemberg, blockiert. Jenter sprach von einer zunehmenden „Kleinstaaterei“ und forderte „wieder eine stärkere Verantwortung des Bundes in der Bildungspolitik“. „Ich setze mich für ein zweites Ganztagschulprogramm ein, das der Bund über Schulsozialarbeit initiieren kann. „Es ist ein Skandal, dass sich die Länder nicht einmal dazu verpflichten wollen, die wegen des Schülerrückgangs frei werdenden Gelder, wieder in Bildung zu investieren“, stellte Jenter vor den rund einhundert Parteitagsdelegierten in Wolfegg fest. Deutschland sei nach wie vor weit davon entfernt, zehn Prozent des Bruttosozialprodukts in Bildung und Forschung zu investieren, obwohl dies auf dem Bildungsgipfel vereinbart wurde. Jenter lobte das Konjunkturpaket II, das insgesamt 8,6 Mrd. € zur Sanierung von Schulen enthält. Das reiche jedoch nicht aus, denn damit seien noch keine Lehrerinnen und Lehrer zur individuellen Förderung von Kindern und für kleinere Klassen eingestellt. Die SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter sagte: „Wir brauchen Investitionen in die Köpfe nicht nur in die Räume in den Schulen in einem dritten Konjunkturprogramm.“ Sie setze sich auch deswegen für einen Bildungs-Soli ein. Auch die soziale Auslese in Schulen und Hochschulen müsse weiterhin bekämpft werden. Jenter forderte, Studiengebühren abzuschaffen.

Jenter unterstrich die von den oberschwäbischen Schulleitern vorgetragenen Forderungen nach längerem gemeinsamem Lernen. „Das sind die Fachleute, und sie wissen, welche Veränderungen richtig sind.“ Den Gegenwind, der den Schulleitern aus der Kultusbürokratie entgegenschlug, bezeichnete sie als „absolut unangemessen.“ Noch immer sei die Zahl der Schulabbrecher und Jugendlichen ohne Schulabschluss mit acht Prozent Anteil zu hoch. Mit Sorge verfolge sie Bemühungen, die Zahlen schön zu rechnen.

Die aus Balingen stammende Bildungspolitiklerin sprach sich ferner für gestärkte Kinderrechte aus, die im Grundgesetz verankert werden müssten: „Kinder gehören in den Mittelpunkt der Gesellschaft. Sie

werden geschützt und haben ein Recht auf gewaltfreies Kleben, gesunde Umwelt und ein Recht auf Bildung.“

31.07.2009

**Anne Jenter, Bundestagskandidatin  
der SPD im Kreis Ravensburg**

## Expertengespräch zur Situation der Milcherzeuger

Bei der Übergabe eines Brandbriefes der Milchbauern an die Ulmer Mandatsträgerinnen am 23. Juni, hatte die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis die Landwirte zu einem Expertengespräch eingeladen. Dieses fand am vergangenen Mittwoch (15.07.) statt.

Zu Gast war die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Bundestags, Elvira Drobinski-Weiß MdB.

In einem kontroversen, aber konstruktiven Gespräch diskutierten die Teilnehmer über die aktuelle und zukünftige Situation der Milchlandwirte. Besonders thematisiert wurde die einseitige Abhängigkeit der Milcherzeuger von den Molkereien.



**Im Gespräch (v. l.): Roman Blum (BDM), Karin Riedel, Elvira Drobinski-Weiß MdB, Hilde Mattheis MdB, Karl-Eugen Kühnle, Hubert Renz (beide BDM)**

Als zentrale Forderungen der Milcherzeuger nannte der 2. Vorsitzende des Bunds Deutscher Milchviehalter (BDM) in Baden-Württemberg, Karl-Eugen Kühnle, die Aussetzung der Saldierung, die Änderung des Umrechnungsfaktors (L/kg) von 1,02 auf 1,03 und eine von den Landwirten finanzierte Umlage zur Feinsteuerung des Milchmarktes. Diese Maßnahmen würden „die Zwangslage der Bäuerinnen und Bauern verhindern und die Milchwirtschaft zukunftsfähig machen“, so Kühnle.

Mattheis und Drobinski-Weiß betonten, dass „Entwicklungen hin zu einer industriellen Produktion, analog der Geflügelwirtschaft verhindert werden müssen und die SPD hinter einer nachhaltigen Land-

wirtschaft stehe“. „Gerade deshalb ist es besonders wichtig, dass das Anliegen der Milcherzeuger ernst genommen und eine sachliche Debatte über die Situation auf dem Milchmarkt geführt wird“, so Drobinski-Weiß weiter.

Konsens bestand darüber, dass für die Milchbauern Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, in denen die Milchviehhaltung für die Landwirte wieder rentabel wird und sie von ihrer Arbeit leben können. Abschließend wurde ein weiterer Kontakt zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vereinbart.

16.07.2009

**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

### HILDE MATTHEIS

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Hilde Mattheis MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Offener Brief an die  
Kreisärzteschaft Ulm  
c/o Dr. med. Norbert Fischer  
Elisabethenstraße 8**

89077 Ulm

Per Fax: 0731/ 9316559

27. Juli 2009

## Offener Brief

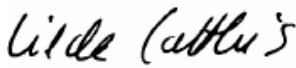
Sehr geehrter Herr Dr. Fischer,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die heute von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), also der Vertretung der Ärzteschaft, vorgelegten Zahlen zur Honorarentwicklung der niedergelassenen ÄrztInnen zeigen, dass die Gesamtvergütung deutlich angestiegen ist (plus 7,8 Prozent in Bundesdurchschnitt).

Das Ziel der Reform, die Honorare der ÄrztInnen in Ost- und Westdeutschland anzugleichen ist erreicht worden. Dabei war klar, dass wenn die ostdeutschen ÄrztInnen mehr verdienen sollen, das Honorar der baden-württembergischen ÄrztInnen nicht in hohem Maß wachsen kann. Ihr Honorar war schon zwischen 2007 und 2008 durchschnittlich um 6,2 Prozent gestiegen. Nun müssen sie im Durchschnitt ein Minus von 0,7 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2008 hinnehmen. Allerdings haben erst 65 Prozent der Arztpraxen in Baden-Württemberg ihre Zahlen vorgelegt. Da die Entwicklung in den vier Quartalen sehr unterschiedlich verlaufen kann, wird eine abschließende Bewertung der Honorarreform erst Ende 2009 möglich sein.

Die Zahlen der KBV zeigen aber schon jetzt, dass die scharfen Proteste der Ärzteschaft keine Berechtigung haben. Mit Plakaten, Anzeigen und Unterschriftenlisten hatten viele ÄrztInnen Befürchtungen in die Welt gesetzt, sie könnten bis zu einem Drittel ihres Honorars einbüßen. Der Niedergang der ambulanten Versorgung wurde prophezeit.

Die Verteilung der Ärzthonorare obliegt der KBV und den Kassenärztlichen Vereinigungen der Bundesländer. Ein Ausgleich für die "Verlierer" der Honorarreform ist deshalb Sache der Selbstverwaltung.  
Mit freundlichen Grüßen



Hilde Mattheis, MdB

## AUS DER BayernSPD

Am 11. und 12. Juli fand in Weiden der Parteitag der BayernSPD statt. Viele Themen wurden diskutiert und ein verjüngtes Team für den Parteitag gewählt.

### Die Wahlergebnisse im Einzelnen:

**Landesvorsitzender:** Florian Pronold (89,7%)

**Generalsekretärin:** Natasha Kohnen (93,6%)

### Stellvertretende Landesvorsitzende:

Dr. Thomas Beyer (96,3%)

Annette Karl (93,3%)

Ewald Schurer (68,1%)

**Schatzmeister:** Thomas Goger (89,8%)

### Arbeitsgemeinschaften:

**Jusos:** Sebastian Rohloff

**AfA:** Ludwig Wörner

**60plus:** Angelika Graf

**AsF:** Adelheid Rupp

**ASG:** Helga Koch

Hier finden Sie die Zeitung zum Parteitag

[http://bayernspd.de/workspace/uploads/pressemittteilungen/Zeitung-LPT\\_09.pdf](http://bayernspd.de/workspace/uploads/pressemittteilungen/Zeitung-LPT_09.pdf)

Quelle: Newsletter

Dr. Paul Wengert, Mdl

## Sozialistenhut 2009

Liebe Genossinnen, liebe Genossen  
sehr geehrte Damen und Herren,

den Sozialistenhut 2009 erhält **Rudolf Dreßler**,  
Staatssekretär A.D. Botschafter a. D.



Rudolf Dreßler beim AfA Bundeskongress 2008 in Kassel

Der Termin der Verleihung ist noch nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Wiedemann

Linkspartei:

## Sektierer übernehmen die Kontrolle

Die Pragmatiker der Linkspartei stehen mit dem Rücken zur Wand. Ein Bündnis aus westdeutschen Sektierer und der Kommunistischen Plattform um Sahra Wagenknecht hat das „pragmatische Ost-Zentrum“ zur Minderheit gemacht, so der ehemalige Haushaltsminister der Linkspartei in Berlin, Carl Wechselberg. Bei den Programmen für die Europa – wie auch für die Bundestagswahl setzten sich die westdeutschen Sektierer durch. Deutlich wird die Radikalisierung auch bei der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl: Im Landesverband NRW etwa finden sich auf den ersten zehn Plätzen der Kandidatenliste sechs Sektierer. Die Spitzenkandidatin Lötzer forderte „die Überwindung des Kapitalismus durch die Vergesellschaftung von Banken, Energiekonzernen und anderen Schlüsselindustrien“. Wagenknecht kandidiert auf Platz fünf, auf Platz sechs Andrej Hunko: Dieser hatte zur Wirtschaftskrise soziale Unruhen befürwortet. In Duisburg wurde ein Kandidat als Oberbürgermeisterkandidat aufgestellt, der israelische Waren boykottieren wollte. Die Landessprecherin Schwabedissen hofft offen auf die Verschärfung der Krise, um Ängste zu schüren und so eigene Wahlchancen zu verbessern. Wechselberg zog die Konsequenz, trat von seinen Ämtern zurück und aus der Linkspartei aus – wie auch die profilierte Europapolitikerin und frühere PDS-Vizevorsitzende, Sylvia-Yvonne Kaufmann oder der sächsische Landtagsabgeordnete Ronald Weckesser. Alle nannten dieselben Gründe: Kaufmann kritisierte die Linkspartei als politikunfähige Kraft, nicht zuletzt wegen der Totalverweigerungshaltung gegenüber dem europäischen Verfassungsvertrag. Wechselberg: „Eine fundamental-oppositionelle, in Protest erstarrte, gesellschaftspolitisch in der Ecke befindliche Partei, die sich selbst zum Selbstzweck erklärt, ist nicht meine politische Plattform“. Und für Weckesser war nach der Verschärfung des Wahlprogramms Schluss: „Schon der erste Entwurf war nicht verantwortlich. Dass es dann noch mal zugespitzt wurde, noch mal in Richtung Populismus und jedem alles versprechen, das kann ich einfach nicht mehr tragen.“ Auch der ehemalige PDS-Vordenker André Brie denkt über einen Austritt nach und kritisiert „Verrats- und Verschwörungstheorien, hohle Links-Rechts-Klassifizierungen, grobschlächtige Freund-Feind-Raster“. Mit so einer Partei ist kein Staat zu machen. Und erst recht keine sozial gerechte Gesellschaft durchzusetzen.

07.07.2009

Nachrichten für Redakteure

## Jahrestag:

07. 08.1869 bis 9. 8.1869 140. Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach gegründet

## Termine:

**05.09.2009**

### Hubertus Heil

Generalsekretär der SPD, MdB

in Überlingen

09:30 – 12:00

Politischer Frühschoppen

im Kursaal und auf der Hofstatt

musikalische Umrahmung:

Junge Harmonie Lippertsreute

**10.09.2009**

**8. Prix Wasserfrau 2009**

Preisverleihung:

Donnerstag, 10. September 2009,  
18.00 Uhr, Hotel Mercure,  
Platz der Wiener Symphoniker 2  
A-Bregenz

**20.09.2009**

**Landtagswahl  
in Vorarlberg**

**27.09.2009**

**Bundestagswahl**

**Aktuelle Termine von  
Jochen Jehle**

- [Bücherflohmarkt auf dem Wochenmarkt](#)

Donnerstag, 6. August 2009 - 8:30 - 12:00

Uhdlingen-Mühlhofen

- [Kreisvorstandssitzung - parteiöffentlich](#)

Montag, 17. August 2009 - 19:30 - 21:00

- [Podium der Häfler Gastronomie und Kultur e. V.](#)

Sonntag, 23. August 2009 - 11:30 - 13:00

Uferpark Friedrichshafen

- [Podium 'I mein halt'](#)

Mittwoch, 26. August 2009 - 20:00 - 22:00

Kreisrat Ernst Arnegger lädt die Bundestagskandidaten ein.

Markdorf, Zunfthaus Obertor

- [Tag der Heimat 2009](#)

Sonntag, 20. September 2009 - 14:30 - 16:30

BdV Bodenseekreis lädt ein

GZH Friedrichshafen, Alfred-Colsman-Saal

**Elementarbildung:**

**Land muss Kommunen stärker unterstützen**

Die SPD drückt beim Ausbau der frühkindlichen Bildung aufs Tempo. Bildungssprecher Frank Mentrup fordert die Landesregierung auf, eine stärkere finanzielle Mitverantwortung zu übernehmen. Doch obwohl die Zahl der Baustellen im Elementarbereich zunehme, lege die Landesregierung ihre Hände in den Schoß. "Träger, Fachkräfte und Eltern vor Ort fühlen sich alleine gelassen", tadelt Mentrup. Es bestehe die Gefahr, dass die Gleichheit der Bildungschancen bereits im Kindergarten auf der Strecke bleibe. Mentrup will, dass die Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden in neue Verhandlungen zur Finanzierung der Betreuungsangebote einsteigt.

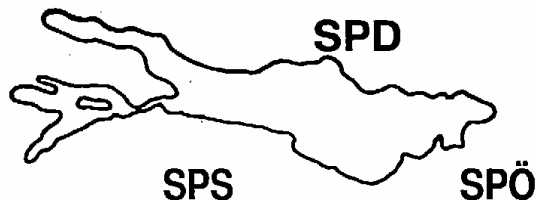
**Links:** (Strg + Klicken)

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3968>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3882>

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4021\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4021_D.PDF)

Peter Gubser  
Präsident der SP Thurgau  
Tel. 0041 (0)71 446 75 43  
Sonnenhügelstrasse 71  
CH-9320 Arbon



Arbon, September 2009

## **Einladung zur Herbsttagung der SBI**

# **„Die regionale Zusammenarbeit überwindet Grenzen“**

**Samstag, 31. Oktober 2009**

**Beginn: 10.30 Uhr**

**Tagungsort: Romanshorn/Schweiz**

**Museum im alten Zollhaus**

**(vis-à-vis Fährhafen)**

**Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling (SP),** Präsident der Thurgauer Regierung und Vorsitzender der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), stellt die Arbeit der IBK vor. Sie ist die Plattform der Regierungen und Verwaltungen von Ländern und Kantonen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit rund um den Bodensee. Mit Schlüsselprojekten setzt sich die IBK dafür ein, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu fördern und zu erhalten. Eine ihrer Stärken liegt in den vergleichsweise informellen Strukturen.

Im Anschluss an das Referat diskutieren wir in Gruppen Anliegen der SBI an die regionale Zusammenarbeit.

Kantonsrat Peter Gubser, V. i. S. d. P.  
Präsident SP Thurgau

# Impressum

## Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis  
Weinbirnenstraße 5  
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg      Tel.: 07532/313048  
e-mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren      Tel.: 07542/21012  
e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD-aktuell- Nachrichten:	<a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>
Ursula Hammer:	<a href="mailto:gudrun.igel-mann@spd.de">gudrun.igel-mann@spd.de</a>
SPD-Landesvorstand BW:	<a href="mailto:mail@lars-castellucci.de">mail@lars-castellucci.de</a>
SPD-Parteivorstand, Referat Frauen / ASF:	<a href="mailto:asf@spd.de">asf@spd.de</a>
Dr. Roland Peter, Pressesprecher:	<a href="mailto:roland.peter@spd.landtag-bw.de">roland.peter@spd.landtag-bw.de</a>
SPD BW:	<a href="mailto:bawue@spd.de">bawue@spd.de</a>
Norbert Zeller, MdL:	<a href="mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de">norbert.zeller@spd.landtag-bw.de</a>
Rotraut Binder:	<a href="mailto:rotraut@binder-fn.de">rotraut@binder-fn.de</a>
SPÖ Vorarlberg:	<a href="mailto:direkt@spoe.at">direkt@spoe.at</a>
SPÖ-Express:	<a href="mailto:hubert.loetsch@spoe.at">hubert.loetsch@spoe.at</a>
LAbg. Olga Pircher:	<a href="mailto:labg.olga.pircher@spoe.at">labg.olga.pircher@spoe.at</a>
Wolfgang Heinzl,	<a href="mailto:pressemaci@aol.com">pressemaci@aol.com</a>
Büroleiter Martin Gerster, MdB:	<a href="mailto:Wolf99maci@aol.com">Wolf99maci@aol.com</a>
Vera Selonke:	<a href="mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de">martin.gerster@wk.bundestag.de</a>
Elke Märkle:	<a href="mailto:elke.maerke@gmx.de">elke.maerke@gmx.de</a>
Anne Jenter:	<a href="mailto:info@anne-jenter.de">info@anne-jenter.de</a>
Hilde Mattheis, MdB:	<a href="mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de">Hilde.Mattheis@bundestag.de</a>
Dr. Paul Wengert, MdL:	<a href="mailto:wengert@bayernspd-landtag.de">wengert@bayernspd-landtag.de</a>
Leo Wiedemann:	<a href="mailto:leo.wiedemann@t-online.de">leo.wiedemann@t-online.de</a>
Nachrichten für Redakteure:	<a href="http://www.meinespd.net/mitglieder">www.meinespd.net/mitglieder</a>
Peter Gubser:	<a href="mailto:petergubser.arbon@bluewin.ch">petergubser.arbon@bluewin.ch</a>

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)